

Erschienen am 11.05.2024

Kommunalwahl in Freiberg: Stehlen Bürgerbündnisse den Parteien die Show?

Von [Cornelia Schönberg](#)

151 Personen aus neun Parteien und Wählervereinigungen wollen in den Freiburger Stadtrat einziehen. Neu ist, dass sich die Bündnisse „Freiberg für alle“ und „Bürger für Freiberg“ zur Wahl stellen. Was das für Parteien in Freiberg bedeutet, darüber sprach Redakteurin Cornelia Schönberg mit Politikwissenschaftler Dr. Benjamin Höhne.

Freie Presse: In Freiberg werfen zwei neue Bürgerbündnisse zur Stadtratswahl am 9. Juni ihren Hut in den Ring. Für Freiberg ist das neu. Beobachten Sie diese Neuerung überall oder ist das freibergspezifisch?

Dr. Benjamin Höhne: Der Parteipolitierungsgrad auf kommunaler Ebene ist gering und scheint weiter abzunehmen. Das ist nicht freibergspezifisch, vielmehr sind die Muster oft ähnlich. Kandidierende geben ihre Mitgliedschaft mitunter nicht mehr zu erkennen oder lassen ihre Parteimitgliedschaft ruhen. Dies ist meines Erachtens in diesem Ausmaß eine neue Entwicklung. Zudem kandidieren mehr Parteilose bei Kommunalwahlen und Parteien nehmen mehr Personen auf ihre Listen auf, die kein Parteibuch haben.

FP: Was sind Gründe dafür, dass sich Menschen weniger mit Parteien identifizieren?

Höhne: Viele Parteien sind in einer anderen Zeit entstanden, nämlich während der Industrialisierung und Nationalstaatswerdung. Die Gesellschaft hat sich seither weiterentwickelt, sie ist vielfältiger geworden, sodass es die etablierten Parteien schwerer haben, Menschen an sich zu binden. Gerade im linken und rechten Parteienspektrum bilden sich aktuell neue Parteien heraus. Womöglich steht das Parteiensystem auf der Landesebene angesichts des erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus und seinem Drang zum Regieren sogar vor einem Umbruch nicht bekannten Ausmaßes.

FP: Was bedeutet diese Entwicklung für Parteien? Was passiert mit der Politik?

Höhne: Auf kommunaler Ebene wird nicht über Krieg und Frieden entschieden, sondern es werden vor allem Gesetze der übergeordneten Ebenen ausgeführt. Heißt: Obwohl keine eigenen Gesetze beschlossen werden, können jedoch wichtige Entscheidungen vor Ort getroffen werden, die das Zusammenleben unmittelbar berühren. Die Menschen adressieren ihre politischen Wünsche und Meinungen aber nicht mehr nur an Parteien. Das demokratische Inputspektrum ist breiter und vielfältiger geworden, etwa durch Bürgerbündnisse. Damit ist es auch parteipolitisch schwieriger zu strukturieren. Politik wird so ein Stück weit unberechenbarer und unkalkulierbarer und auch mehr von politischen Personen abhängig, die anders als Parteimitglieder nicht an ein festes Grundsatzprogramm gebunden sind. Jene können ihre Meinung schneller ändern.

FP: Müssen Parteien bei der Stadtratswahl wirklich um Stimmen fürchten? Stehen sie in Konkurrenz zu Bürgerbündnissen?

Höhne: Ich kann nachvollziehen, dass sich etablierte Parteien durch Bürgerbündnisse einer neuen Konkurrenzsituation ausgesetzt fühlen. Ich glaube, Parteien sollten das sportlich sehen, zum Beispiel, indem sie über tradierte Auffassungen und Entscheidungsprozesse neu nachdenken.

FP: Wie können Parteien Wählerinnen und Wähler wieder für sich gewinnen?

Höhne: Die Bindung der Menschen an Parteien nimmt sowohl quantitativ als auch qualitativ ab. Quantitativ, indem weniger Menschen in eine Partei eintreten und qualitativ, indem noch bestehende Bindungen weniger stark ausgeprägt sind und damit Menschen leichter zu einer anderen Partei wechseln können. Die Parteien müssen deshalb neue Wege gehen, sich öffnen, die Bevölkerung bei wichtigen internen Fragen mitbestimmen lassen. Eine ausgewogene Liste mit Vertretern aus verschiedenen Bevölkerungsbereichen aufzustellen, kann ein sinnvoller Ansatz sein.

FP: Was kann die Wählerin und der Wähler tun, um zu entscheiden, wen er wählen will?

Höhne: Sich informieren! Wer sind die Kandidierenden? Zeitung lesen, zu Infoveranstaltungen gehen, Wahlprogramme lesen und Wahlhilfen wie Wahl-O-Mat oder in Chemnitz unsere Voto-App zur Hilfe nutzen. Demokratie gibt es nicht gratis. Ein bisschen Informationsaufwand sollte man nicht scheuen. (cor)





Zur Person: Benjamin Höhne

Dr. Benjamin Höhne, 45, aus Lutherstadt Wittenberg, vertritt die Professur „Europäische Regierungssysteme im Vergleich“ an der TU Chemnitz. Zuvor lehrte er Politikwissenschaft an den Universitäten Trier, Potsdam, Halle-Wittenberg, Münster und Magdeburg. Aktuell ist er an der Entwicklung der Online-Wahlhilfe Voto beteiligt. (cor)

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG

[Freiberg](#)

[Startseite](#)

